

I. Verwaltung und Integration

1. Herausforderungen bei der Ausländerbehörde (MI)

- *Frage: Welche dringenden Herausforderungen sehen Sie speziell im Amt für Migration und Integration, und welche spezifischen Maßnahmen planen Sie, um diese anzugehen?*

Antwort:

Herausforderungen und Maßnahmen: Mein Ansatz sieht vor, die mangelnde Kommunikation durch digitale Transparenz zu beheben. Ich möchte eine Online-Sichtbarkeit des Bearbeitungsstandes schaffen, damit Antragsteller jederzeit den Status ihres Anliegens einsehen können. Zudem strebe ich einen ausgereiften KI-Chatbot für Standardanfragen an, der rund um die Uhr und multilingual nutzbar ist. Ich bin überzeugt, dass viele Fragen so ohne persönliches Erscheinen geklärt werden können.

- *Frage: Was sind Ihrer Meinung nach die Hauptursachen dafür, dass es in der städtischen Verwaltung nicht überall „rund läuft“ bzw. dies von den Bürgerinnen und Bürger so wahrgenommen wird: Sind es strukturelle Defizite, Ressourcenmangel oder organisatorische Mängel? Welche Reformen würden Sie konkret einleiten?*

Antwort:

Hauptursachen und Reformen: Die Hauptursache liegt für mich in veralteten, analogen Prozessen. Angesichts der angespannten Haushaltslage ist „mehr Personal“ keine nachhaltige Lösung. Mein Ziel ist eine massive Effizienzsteigerung durch Digitalisierung. Gleichzeitig möchte ich Verfahren beschleunigen, indem wir stärker auf Eigenerklärungen (ähnlich eidesstattlicher Versicherungen) setzen. Die Verwaltung sollte den Bürgern einen Vertrauensvorschuss geben. Klar ist aber auch: Wird dieses Vertrauen missbraucht, etwa durch Falschangaben, müssen harte Konsequenzen folgen – analog zum Steuer- oder Sozialbetrug.

2. Effizienz und Bürgernähe

- *Frage: Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger Nürnbergs tatsächlich messbare Verbesserungen im Verwaltungsprozess erleben?*

Antwort:

Messbare Verbesserungen: Mein Ziel ist die Einführung von Online-Sprechstunden mit digitaler Warteschlange und Anzeige der voraussichtlichen Wartezeit. KI kann hierbei Sachbearbeiter entlasten, sodass mehr Anträge in kürzerer Zeit bearbeitet werden.



- *Frage: Digitalisierung im Bereich der Verwaltung kann ein Segen sein, aber auch neue Hürden aufbauen – es gibt auch viele Menschen (z.B. Ältere, Behinderte, Analphabeten), die bei einer rein digitalen Zugänglichkeit bzw. Erreichbarkeit der Stadtverwaltung faktisch von ihren Angeboten ausgeschlossen würden. Wie möchten Sie sicherstellen, dass die Verwaltung sowohl effizienter wird und dennoch barrierefrei für alle Menschen in dieser Stadt zugänglich ist?*

Antwort:

Effizienz und Barrierefreiheit: Ich möchte Präsenztermine in den Ämtern auf ein Minimum reduzieren, um Kapazitäten explizit für Menschen mit körperlichen Barrieren oder komplexem Beratungsbedarf freizuhalten. Mein Ansatz bezieht sich zunächst auf Menschen, die in digitalen Prozessen keine Hürden sehen – zum Beispiel mit einem digitalen „First-Level-Support“: Ein Pool an Mitarbeitern, der per Chat zugeschaltet wird. Dies ist persönlicher als ein Chatbot und ermöglicht dank KI-Echtzeitübersetzung eine Kommunikation ohne Sprachbarrieren. Für komplexe Fälle und Menschen, die digital nicht erreichbar sind, bleibt die Möglichkeit persönlicher Beratung vor Ort selbstverständlich erhalten.

3. Sichtbarkeit von Integrationsthemen

- *Frage: Gibt es konkrete Überlegungen, eine Ansprechperson nach außen für Integrationsthemen zu bestimmen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Aufgaben im Bereich Integration oft als Querschnittsaufgaben organisiert sind und von außen schwer nachvollziehbar ist, wer wofür zuständig ist?*

Antwort:

Ansprechperson nach außen: Mein Ansatz ist es, Politik für alle Menschen zu machen. Ich halte wenig davon, Probleme durch neue, kostenintensive Beauftragten-Stellen zu „verwalten“. Ich sehe eher die Lösung darin, dass alle Mitarbeitenden der Verwaltung befähigt sein müssen, auf die Herausforderungen einer diversen Stadtgesellschaft einzugehen. Zuständigkeiten müssen transparent und digital für jeden ersichtlich sein. Die Kommunikation zwischen den Behörden muss unkompliziert auf Sachbearbeiterebene funktionieren.

- *Frage: Wenn ja, welche Rolle sehen Sie für einen Beauftragten bzw. Ansprechpartner für Integration als Mittler zwischen Verwaltung und Bürgerschaft? Wie könnte dieser helfen, die Sichtbarkeit integrativer Maßnahmen zu verstärken, bzw. wie möchten Sie dies auf anderen Wegen erreichen?*

Antwort:

Rolle und Sichtbarkeit: Früher brauchte es gedruckte Flyer in verschiedenen Sprachen. Heute müssen wir das digital lösen: Eine Website, die mittels KI und Chatbots Informationen in der Muttersprache der Nutzer bereitstellt, ist mein Ziel. Das ist schneller, aktueller und erreicht die Menschen dort, wo sie sind – auf dem Smartphone.

II. Bildung und Chancengerechtigkeit

4. Frühe Sprachförderung

Frage: Welche innovativen Ansätze verfolgen Sie, um die sprachliche Förderung von Kindern mit Migrationsgeschichte frühzeitig und bedarfsgerecht zu gewährleisten?



Antwort:

Sprache ist für mich die absolute Basis der Integration. Mein Ziel ist es, analog zum Kurs unserer Kultusministerin Anna Stolz (FREIE WÄHLER), die Basiskompetenzen zu stärken. Ich möchte verpflichtende Sprachtests und gezielte Vorkurse bereits vor der Einschulung etablieren. Nur so stellen wir sicher, dass jedes Kind – unabhängig vom Elternhaus – mit den gleichen Startchancen in die Schule geht.

5. Antidiskriminierung im Bildungswesen

Frage: Wie wollen Sie Diskriminierung in Bildungseinrichtungen aktiv bekämpfen und eine Kultur der Chancengleichheit fördern?

Antwort:

Ich wehre mich gegen eine pauschale Vorverurteilung unseres Bildungssystems. Unsere Lehrkräfte leisten in einer multikulturellen Stadt wie Nürnberg täglich hervorragende Integrationsarbeit. Gleichzeitig dürfen wir vor tatsächlicher Diskriminierung nicht die Augen verschließen. Wo sie auftritt, muss sie konsequent benannt und aufgearbeitet werden – das sind wir den Betroffenen schuldig. Dafür brauchen wir neutrale Anlaufstellen. Mein Ziel ist eine Schule, in der allein Leistung und Motivation über den Erfolg entscheiden, nicht die Herkunft.

III. Wohnen

6. Bezahlbarer Wohnraum für alle

Frage: Welche Strategien verfolgen Sie, um sicherzustellen, dass bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit Migrationshintergrund und alle anderen bedürftigen Gruppen gleichberechtigt zugänglich bleibt?

Antwort:

Mein zentraler Ansatz ist „Bauen im Bestand“. Wir müssen Potenziale nutzen, wie die Überbauung eingeschossiger Supermärkte oder die Umwidmung leerstehender Gewerbeimmobilien. Schätzungen gehen hier von einem Potenzial von über 10.000 Wohneinheiten aus, die wir relativ unkompliziert in wenigen Jahren aktivieren könnten. Dadurch würde der Wohnungsmarkt entspannt. Ein weiteres Instrument, das ich stärken möchte, ist das Erbbaurecht: Wenn die Stadt den Baugrund behält, sinken die Baukosten und damit die Kauf- und Mietpreise. Für die Nutzung muss lediglich monatlich eine Erbpacht an die Stadt gezahlt werden. Erfahrungswerte zeigen, dass die monatliche Liquiditätsbelastung hierdurch um mehr als 20 % sinken kann. Ich möchte sicherstellen, dass dieser Vorteil bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum direkt an die Mieter und Familien weitergegeben wird.

7. Soziale Durchmischung

Frage: Was sind Ihre Pläne, um eine gesunde soziale Durchmischung in Stadtteilen zu fördern und Ghettoisierungstendenzen entgegenzuwirken?



Antwort:

Die unter Punkt 6 genannte Nachverdichtung im gesamten Stadtgebiet sorgt automatisch für eine bessere Durchmischung. Die Entstehung von „Ghettos“ oder Parallelgesellschaften ist kontraproduktiv für die Integration und schürt Vorurteile. Mein Ziel ist eine Stadtplanung, die Begegnung schafft und Segregation aktiv verhindert.

IV. Arbeitsmarkt und Integration

8. Beschleunigung der Arbeitsmarktintegration

Frage: Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den örtlichen Arbeitsmarkt effektiv zu beschleunigen?

Antwort:

Regeln wie Arbeitsverbote sind für mich in der heutigen Zeit unverständlich. Mein Credo lautet: Jeder, der anpacken will, soll das auch dürfen. Arbeit ist der stärkste Motor für Integration. Zudem möchte ich die Möglichkeiten des Kommunalrechts nutzen, um Transferleistungsempfänger und Geflüchtete verstärkt für gemeinnützige Arbeit einzusetzen. Diese Tätigkeiten unterstützen die Stadtgemeinschaft und können für die Betroffenen ein wichtiges Sprungbrett in den regulären Arbeitsmarkt sein.

9. Förderung benachteiligter Gruppen

Frage: Wie setzen Sie sich speziell für die berufliche Integration benachteiligter Gruppen, wie Frauen mit Migrationsgeschichte oder junge Geflüchtete, ein?

Antwort:

Ich möchte, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt für alle offen ist, die hier leben. Wenn Gruppen benachteiligt sind, liegen die Ursachen oft eher in gesellschaftlichen Vorurteilen als in staatlichen Strukturen. Mein Ziel ist es, ausländische Qualifikationen schneller anzuerkennen, um Menschen direkt in Arbeit zu bringen. Nürnberg hat als Stadt von Fleiß und Handwerk in der Vergangenheit immer von Zuwanderung profitiert – daran möchte ich anknüpfen.

V. Beteiligung und Mitbestimmung

10. Politische Teilhabe und Mitbestimmung

Frage: Welche innovativen Beteiligungsformate wollen Sie implementieren, um gerade Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubinden und ihre Stimme zu stärken?



Antwort:

Mein Ziel ist eine gezielte, neutrale Werbung für Demokratie. Ich sehe es als Aufgabe der Stadt, offizielle Plakate mit QR-Codes einzusetzen, die neutral über Wahlrechte und Abläufe informieren – und zwar dort, wo die Menschen sind, nicht nur im Rathaus. Die Stadt muss ein sichtbares Interesse an hoher Beteiligung an Wahlen und Entscheidungsprozessen zeigen. Gleichzeitig bin ich der Meinung, dass die „Materialschlachten“ der Parteien durch Plakate, Großflächen, klarer reguliert gehören. Sie sorgen oft für Unübersichtlichkeit, statt neutral aufzuklären.

11. Inklusive Beteiligung

Frage: Wie stellen Sie sicher, dass Ihre Beteiligungsangebote auch tatsächlich alle Bevölkerungsgruppen erreichen, insbesondere jene mit sprachlichen oder kulturellen Barrieren?

Antwort:

Ich möchte sicherstellen, dass wir alle erreichen, indem wir Barrieren abbauen. Mein Ansatz sieht vor, KI-gestützte Übersetzungen für Bürgerinformationen flächendeckend zu nutzen. In Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung möchte ich über QR-Codes auf Plakaten direkt auf mehrsprachige „Linktrees“ verweisen. Dort können Bürger in ihrer Muttersprache alle Infos abrufen: Wann wird gewählt? Wie funktioniert die Briefwahl? Was wird entschieden?

VI. Zukunftsausblick

12. Ihre Vision für 2032

Frage: Was sind Ihre messbaren Ziele für die Integrationspolitik bis 2032, und wie planen Sie, diese zu erreichen?

Antwort:

Meine Vision für 2032 ist ein Nürnberg, in dem Integration über Leistung, Arbeit und gegenseitigen Respekt definiert wird. Mein messbares Ziel ist eine stark digitalisierte Verwaltung, die Sprachbarrieren mittels Technik gelöst hat und in der jeder die gleichen Chancen findet. Dadurch etabliert sich eine gegenseitige Wertschätzung der Unterschiedlichkeit. In meinem Nürnberg 2032 kann sich jeder frei und sicher bewegen, ohne angegriffen zu werden – egal ob mit Davidstern, Mondsichel, Kreuz oder Regenbogenflagge. Wir verbinden Weltoffenheit mit traditionellen Werten wie Fleiß und dem Charme unserer Kaiserburg.